

verbracht und am 13.10.1956 entlassen. Er ging in den Westen, wurde Assistenzarzt und starb durch einen Autounfall.

Hinweis:

Obiges Informationsblatt ist Bestandteil einer 1961 begonnenen Kartei, welche gegenwärtig 27.364 Stalinismus-Opfer umfaßt, unter ihnen 3.112 Juden und 3.721 Bürger der SBZ/DDR. Der letzten Gruppe gehören auch 210 Personen an, die – wie G. Wradzidlo – Opfer des Nationalsozialismus waren und Opfer des Stalinismus wurden.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Dr. Fippel recht herzlichen Dank für Ihre jahrelange Arbeit und ich möchte Ihnen danken, auch wenn es mir schwer fällt, für Ihre Informationen zum Terror und für Ihre Auflistung des Grauens. Ich glaube, das gehört zu dem Thema einfach mit dazu. Ich bitte jetzt Herrn Prof. Dr. Manfred Wilke aus Berlin, uns zum Thema „Der instrumentelle Antifaschismus der SED und die Legitimation der DDR“, seine Gedanken und Informationen mitzuteilen. Ich bitte um die abgesprochene kurze Fassung.

Prof. Dr. Manfred Wilke:

These I

Der Antifaschismus war die glaubwürdigste Legitimation der DDR als deutscher Teilstaat; dies zeigte sich am Ende der SED-Diktatur im Herbst 1989: Die Versuche der Bürgerbewegung und der DDR-Intelligenz, nach dem Fall der Mauer ihren Staat als reformierte, sozialistische Alternative zur Bundesrepublik Deutschland zu behaupten, erfolgten mit dem Rückgriff auf die antifaschistischen Ideale.

Antifaschismus, Frieden und Sozialismus waren die zentralen Leitbilder, mit denen die SED ihre diktatorische Herrschaft legitimierte. Bei aller Kritik an den Zuständen in der DDR: der Widerstand gegen den Nationalsozialismus verschaffte selbst Männern wie Walter Ulbricht und Erich Honecker weit über die Anhängerschaft der SED hinaus Autorität und Respekt.

Am 4. November 1989 versammelten sich Hunderttausende auf dem Berliner Alexanderplatz, um die Reform der SED-Herrschaft einzufordern. Erich Honecker war als SED-Generalsekretär bereits gestürzt. Der Schriftsteller Christoph Hein würdigte auf dieser größten Massenkundgebung der Demokratiebewegung in der ehemaligen DDR die antifaschistischen Verdienste des gestürzten Diktators: „Dieser Mann hatte einen Traum, und er war bereit, für diesen Traum ins Zuchthaus zu gehen. Dann bekam er die Chance, den Traum zu verwirklichen. Es war keine gute Chance, denn der besiegte Faschismus und der übermächtige Stalinismus waren dabei Geburtshelfer. Es entstand eine Gesellschaft, die wenig mit Sozialismus zu tun hatte.“¹⁴

¹⁴ Initiativgruppe 4.11.1989 (Hg.): Dokumentation zur Ausstellung der „Initiativgruppe 4.11.1989“ im Museum für deutsche Geschichte, Berlin-Ost und im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn, Bonn 1990, S. 56

Am 9. November 1989 überwandene die Berliner in einem ausgelassenen Wiedersehensfest den „antifaschistischen Schutzwall“, der seit dem 13. August 1961 die Teilung der Stadt betonierte. Das war die Wende in der „deutschen Revolution“ des Herbstes 1989; es ging nicht mehr um die Demokratisierung der DDR, sondern um die deutsche Einheit. Noch im November änderten sich auf den Montagsdemonstrationen in den großen Städten der ehemaligen DDR die Losungen; aus dem selbstbewußten „Wir sind das Volk!“ wurde: „Wir sind ein Volk!“

Die Bundesrepublik Deutschland wurde wieder zum Kernstaat für ein wiedervereinigtes demokratisches Deutschland. Bundeskanzler Helmut Kohl stellte am 28. November 1989 im Bundestag sein Zehn-Punkte-Programm zur deutschen Einheit vor.

Mit einem Appell „Für unser Land“, dessen Endredaktion Christa Wolf besorgte, traten Künstler, Wissenschaftler, evangelische Pfarrer und Bürgerrechtler für die Eigenständigkeit der DDR als „sozialistische Alternative zur Bundesrepublik“ ein. Wörtlich heißt es: „Noch können wir uns besinnen auf die antifaschistischen und humanistischen Ideale, von denen wir einst ausgegangen sind.“¹⁵ Der Versuch von Wortführern der DDR-Intelligenz im Herbst 1989, die Existenz ihres Staats mit dem Rückgriff auf die antifaschistischen Ideale zu behaupten, zeigt, wie tief der verordnete Antifaschismus im Selbstverständnis vieler Deutscher in der ehemaligen DDR verwurzelt war.

Aber das Leitbild „Antifaschismus“ war ambivalent. In Kunst und Literatur verwoben sich künstlerische Auseinandersetzungen mit der nationalsozialistischen Diktatur und ihren Verbrechern mit dem instrumentellen Antifaschismus der SED. Das literarische Werk Christa Wolfs, aber auch Hermann Kants, wird von einer antifaschistischen Grundhaltung bestimmt, die für sie der Ausgangspunkt ihrer sozialistischen „Parteilichkeit“ war. Der Antifaschismus erlaubte es ihnen auch, systemimmanent Widerspruch zu bestimmten Entscheidungen der Partei zu äußern. Das tat z. B. Christa Wolf auf dem 11. Plenum des ZK der SED im Jahre 1965. Damals rechnete die Parteiführung mit dem Revisionismus in Kunst und Literatur ab und verbot z. B. zwölf Filme des

15 Für unser Land, in: Zeno und Sabine Zimmerling: Neue Chronik DDR, 3. Folge, 24.11.1989, Berlin (Ost) 1990, S. 15 f.

Der Aufruf „Für unser Land“ fand auch in der Bundesrepublik Resonanz. Zu den intellektuellen Voraussetzungen der sozialliberalen Deutschlandpolitik gehörte in den sechziger Jahren die Rückbesinnung auf den Begriff „Kulturnation“, sie wurde zur letzten gesamtdeutschen Klammer erklärt. Aus dieser Perspektive wurde die Wiedervereinigung und die Herstellung eines deutschen Nationalstaates als unrealistisch bewertet und als Ausweg die Wiedergewinnung der Freiheit für die Deutschen in der DDR als Fernziel angeboten. Ein prominenter Wortführer dieser Konzeption war der Schriftsteller Günter Grass, der 1989/90 auch als Gegner der Wiedervereinigung öffentlich Position bezog. Vgl. Helmuth Kiesel: Die Intellektuellen und die deutsche Einheit, in: Die politische Meinung, 36. Jg. Heft 264, 11/1993, S. 49 ff., Wolfgang Bergsdorf: Literatur und Politik in Deutschland. Zur Traditionalität und Aktualität eines Dauerkonflikts, Bonn/Berlin 1992.

DEFA-Jahrgangs 1965. Walter Ulbricht stellte damals klar, daß es ihm nicht um eine Diskussion über die Fragen der Literatur ging:

Die Diskussion begann über das Thema der Sauberkeit in der Deutschen Demokratischen Republik, begann über das Thema, ob die Beat-Gruppen und ob die Sex-Propaganda, die systematisch nach amerikanischem Vorbild betrieben wurde, ob das die Richtung der Entwicklung der Kultur ist... Selbstverständlich gibt es auch Fragen der Literatur, aber wie gesagt: Wir haben mit der Frage der Ästhetik und der Ethik begonnen. Das war der Ausgangspunkt der Auseinandersetzung. Ästhetik und Ethik – wie steht es damit? Die Ästhetik wurde nur als Tarnschild benutzt, und die Ethik kam unter die Räder. . . In diese Schmutzlinie haben sich Biermann und einige andere hineingeschoben und haben Politik gemacht. Wessen Politik? Es handelt sich um den Kreis Havemann, Heym, Biermann und – ich möchte jetzt die weiteren Namen nicht nennen, das kann man später nachholen. Es handelt sich also nicht um den Dichter Biermann als solchen oder um die Frage der Dichtkunst, sondern es handelt sich um eine Gruppe, die einen politischen Kampf gegen die Arbeiter- und Bauern-Macht zielbewußt geführt hat und führt.“¹⁶

Christa Wolf widersprach als Kandidatin des ZK der SED auf der Sitzung dieser Linie. Sie warb mit Blick auf die Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik Deutschland für eine offensive und offene Literatur- und Kulturpolitik der SED.

Die Autorin der Erzählung „Der geteilte Himmel“¹⁷ berichtet dem Zentralkomitee über eine Lesereise in Hamburg und ihren Dialog über die Mauer. Christa Wolf wurde gefragt:

„Würden Sie die Mauer auch als antifaschistisch-demokratischen Schutzwall bezeichnen? Daraufhin sagte ich: Eine klare Frage erfordert eine klare Antwort, ja! – Daraufhin zischte der ganze Saal. Ich sagte: Sparen Sie sich ihr Zischen noch ein paar Minuten, wenn Sie zischen, versteht man sich nicht, lassen Sie mich reden. Da war es ruhig, und ich habe zehn Minuten geredet, dann kam ausgesprochen starker Beifall, nicht, weil die fünfhundert Studenten überzeugt gewesen wären, es ist absurd, sich das vorzustellen, überzeugt gewesen wären, daß die Mauer ein antifaschistisch-demokratischer Schutzwall ist, sondern weil sie gesehen haben, daß hier jemand ist, der zu ihnen spricht, der das glaubt, was er sagt, und dafür Gründe hat. Nachher sprach mich eine Studentin an und sagte: Wissen Sie,

16 Walter Ulbricht: Schlußwort auf der 11. Tagung des ZK der SED 1965, in: Kahlschlag – Das 11. Plenum des ZK der SED 1965, Hg. Günter Agde, Berlin 1991, S. 348 f.

17 Das 1963 erschienene Buch schildert im Rahmen der Liebesgeschichte von Rita Seidel zu dem Chemiker Manfred Herrfurth – der nach Westberlin flieht –, wie sich Rita bewußt für den sozialistischen Staat auf deutschem Boden entscheidet. Vgl. Günther Rüter: „Greif zur Feder, Kumpel“. Schriftsteller, Literatur und Politik in der DDR 1949–1990, Düsseldorf 1991, S. 114 f.

Frau Wolf, Sie sind Kommunistin, aber ich nehme es Ihnen nicht einmal übel. (Heiterkeit)¹⁸

Christa Wolf wurde nach dieser Widerrede 1967 nicht wieder Kandidatin des ZK der SED, aber sie blieb bis 1989 ihr Mitglied. Rückblickend hat sie die Konstellation von 1965 beschrieben:

„Ich wußte natürlich, daß im ZK noch niemals jemand gegen das, was im Bericht des Politbüros stand, gesprochen hatte. Ich hatte, als ich dann sprach, auch das Gefühl, allein vor einer Dampfwalze zu stehen. Ich hätte das, nur auf mich gestellt, wahrscheinlich auch nicht fertiggebracht. Aber wir, eine Gruppe von Künstlern, haben uns jeden Abend während des Plenums getroffen. Wir, meist Angehörige einer Generation, die in diesem Land engagiert lebten, die Konflikte sahen, hatten ein sehr starkes Gefühl von der Gefahr, in die dieses Gemeinwesen geraten würde, wenn die Widersprüche nicht in produktiver Weise ausgetragen würden. Wir dachten, wenn nicht jetzt, dann ist es zu spät. Wir hatten das Gefühl, dies sei einer der letzten Momente, um die Entwicklung in der DDR in eine Richtung zu lenken, die diesen Staat zu einer Alternative machen konnte gegenüber der kapitalistischen Bundesrepublik. Wir wollten die sozialistischen Ansätze soweit stärken, daß die DDR auch geistig 'konkurrenzfähig' werden konnte. Und wir sahen uns mit Leuten in der Wirtschaft, in der Wissenschaft verbündet, die in die gleiche Richtung dachten und arbeiteten. Es gab persönliche Kontakte, wir haben miteinander gesprochen. Es gab sogar einzelne Leute im ZK, mit denen ich darüber offen sprechen konnte.“¹⁹

Das Leitbild „Antifaschismus“ war ambivalent. Es diente auch als Schutzschild für Widerspruch und Opposition, um für einen besseren Sozialismus in der DDR zu streiten. Aber selbst das humanistisch gewendete Leitbild „Antifaschismus“ band die DDR-Intelligenz an die DDR als „sozialistische Alternative“ zur Bundesrepublik Deutschland, und das bringt der Aufruf „Für unser Land!“ im Herbst 1989 zum Ausdruck.

These II

Nachdem die alliierten Armeen Deutschland besetzt und damit zugleich von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft befreit hatten, waren es Männer und Frauen des deutschen Widerstandes, die den demokratischen Neubeginn deutscher Staatsordnung in allen vier Besatzungszonen verantworteten. Die Akzeptanz des instrumentellen Antifaschismus der SED in Deutschland läßt sich nur vor dem Hintergrund der Geschichte der nationalsozialistischen Diktatur und ihrer Staatsverbrechen verstehen.

18 Christa Wolf: Diskussionsbeitrag, in: Kahlschlag, a.a.O., S. 337.

19 Christa Wolf: Erinnerungsbericht, in: Kahlschlag a.a.O., S. 266.

Das Oberkommando der deutschen Wehrmacht kapitulierte am 8. Mai 1945 bedingungslos vor den alliierten Siegermächten. Die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion übernahmen im vom Nationalsozialismus befreiten und von ihren Streitkräften besetzten Deutschland die oberste staatliche Gewalt. Die Bestrafung der Kriegsverbrecher, die Entnazifizierung und die Demokratisierung Deutschlands gehörten zu den Kriegszielen aller vier Besatzungsmächte. Erst im Verlauf der folgenden Jahre sollte sich zeigen, daß die Westmächte unter Demokratisierung eine parlamentarische Republik verstanden – und die Sowjetunion eine Volksdemokratie. Im Kalten Krieg zwischen Sowjetunion und den Westmächten wurde Europa endgültig gespalten, und es entstanden zwei Staaten in Deutschland.

In allen vier Besatzungszonen übernahmen 1945 Frauen und Männer des deutschen Widerstandes für ihr Volk erneut politische Verantwortung. Konrad Adenauer, Kurt Schumacher, Jakob Kaiser, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht kamen aus Parteien, die 1933 von den Nationalsozialisten unterdrückt worden waren. Die Institutionen einer neuen Staatsgewalt in Deutschland bedurften im Angesicht der Trümmer der nationalsozialistischen Diktatur einer glaubwürdigen demokratischen Legitimation. Allein der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus besaß in dieser Situation die Legitimation, den Anspruch auf deutsche Mitsprache bei der Gestaltung der Nachkriegsordnung im eigenen Land gegenüber den Siegermächten zu vertreten.

Als der Sozialdemokrat Kurt Schumacher dies gegenüber den Siegermächten einforderte, berief er sich auf die Opfer, die das „andere Deutschland“ im Kampf gegen den Nationalsozialismus gebracht hatte:

„Der Sinn der sozialdemokratischen Opfer in der Illegalität ist nur darin zu sehen, daß der Welt damit gezeigt werden sollte, daß nicht alle Deutschen Nazis seien und daß neben dem Nazi-Deutschland auch noch ein anderes Deutschland bestände. Tatsächlich ist dann auch kein Opfer, das die Nazi-Feinde gebracht haben, ohne Sinn und Zweck geblieben, denn jetzt gibt es wenigstens Menschen in Deutschland, denen die Welt die moralisch-politische Berechtigung nicht abstreiten kann, die Stimme bei der Neugestaltung Deutschlands zu erheben.“²⁰

Der von Schumacher für den deutschen Widerstand erhobene politische Führungsanspruch im Nachkriegsdeutschland war im eigenen Volk keineswegs unumstritten, war es doch nur eine Minderheit in Deutschland, die den Widerstand gewagt hatten. Zwar akzeptierten die Deutschen ihre antifaschistischen Politiker, aber der Dissens über das eigene Verhalten in den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur blieb in den betroffenen Generationen ein

20 Kurt Schumacher: Konsequenzen deutscher Politik (Forderungen und Ziele der SPD), in: Kurt Schumacher: Nach dem Zusammenbruch, Hamburg 1948, S. 22 f.

Problem. Karl Dietrich Bracher hat diese gesplante Bewußtseinslage in der deutschen Zusammenbruchsgesellschaft mit den Worten umrissen:

„Die Lage von 1945 war bestimmt von Schuld und Not eines Volkes, das in großen Teilen der totalitären Verführung des Hitler-Regimes erlegen war und sich auch nicht selbst von einer verbrecherischen Führung zu befreien vermochte; tapfere Widerstandskämpfer, die nach mehreren mißglückten Attentatversuchen noch 1944 in nahezu aussichtsloser Lage die eigene Regierung beseitigen wollten, galten als in den von Deutschland besetzten Ländern nicht als Helden, sondern eher als Verräter.“²¹

In der Bundesrepublik Deutschland prägte das Thema „Vergangenheitsbewältigung“ die Auseinandersetzung um die politische Kultur der Demokratie. Wiedergutmachung, NS-Prozesse und die Aufhebung der Verjährung für Mord sollen hier als Stichworte genügen. Die Außerparlamentarische Opposition (APO) Ende der 60er Jahre begründete ihren Protest gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland auch mit der Behauptung einer ungenügenden Entnazifizierung und stellte die „Bewußtseinsverfassung des eigenen Landes“ unter Faschismus-Verdacht.²² Durch die APO fand eine Akzentverschiebung vom Antinational-Sozialismus zum Antifaschismus statt, der damit zum festen Bestandteil der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland wurde. Die heroische Leistung des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, unter Einschluß der Kommunisten, galt nunmehr als geschichtliche Voraussetzung und geistiger Bezugspunkt für die zweite deutsche Republik. Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat 1985 vor dem Deutschen Bundestag in seiner weltweit beachteten Rede anläßlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes diesen antifaschistischen Konsens mit bewegenden Worten zum Ausdruck gebracht. Er erinnerte an die furchtbare Bilanz des von Hitler vom Zaun gebrochenen Zweiten Weltkrieges, und er verknüpfte das Gedenken „an die Opfer des Widerstandes“ in allen von uns besetzten Staaten mit dem ehrenden Andenken an die „Opfer des deutschen Widerstandes.“²³

In der sowjetischen Besatzungszone forderte der Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 die „Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes.“²⁴ Der Antifaschismus wurde instrumentalisiert und diente nun zur

21 Karl Dietrich Bracher: Die totalitäre Erfahrung, München 1987, S. 154

22 Herbert Ammon: Antifaschismus im Wandel? In: Uwe Backes/Eckard Jesse/Rainer Zitelmann (Hg.): Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus. Frankfurt/M./Berlin 1990, S. 582.

23 Ansprache des Bundespräsidenten am 8. Mai 1985 anläßlich des 40. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges, in: Ulrich Gill/Winfried Steffani (Hg.): Eine Rede und ihre Wirkung, Berlin 1986, S. 177.

24 Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, in: Lothar Berthold/Ernst Diehl (Hg.): Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin (Ost) 1965, S. 196.

Legitimation kommunistischer Machtansprüche. Die Besetzung der Schlüssel-funktionen im neuen Staatsapparat legitimierte die KPD-Führung, die aus dem Moskauer Exil kam, mit der von den Alliierten geforderten Entnazifizierung. Wilhelm Pieck schrieb als Vorsitzender der SED 1947:

„Es kommt auf eine gründliche Säuberung Deutschlands vom Nazigeist und von seinen Vertretern an. Diese Säuberung ist für die Zukunft unseres Volkes von größter Bedeutung. Ohne sie wird das deutsche Volk keinerlei Sicherheit haben, nicht wieder zum Spielball militaristischer und imperialistischer Machtgelüste deutscher Reaktionäre zu werden. Ohne diese Säuberung wird es nicht das Vertrauen bei den anderen Völkern erwerben, daß sie von deutscher Seite keinen Überfall mehr zu fürchten haben... Darin liegt auch der wahre Sinn der Entnazifizierung. Weiter ist eine breite ideologische Umerziehungsarbeit im Geiste der Demokratie und der Völkerverständigung notwendig. Die Hirne des deutschen Volkes müssen restlos befreit werden von dem verhängnisvollen Nazigeist der Weltoberungssucht und der Rassenüberheblichkeit, der im Hitlerstaate zur Grundlage der Volkserziehung gemacht wurde.“²⁵

Aber nicht allein die Entnazifizierung verstand die KPD-Führung als politischen Reinigungs- und Säuberungsprozeß, das galt auch für ihre Parteimitglieder, die bereits vor 1933 der KPD angehörten, und für die Sozialdemokraten vor und nach Gründung der SED. Im Selbstverständnis der KPD-Führung war ein Antifaschist immer auch ein Freund der Sowjetunion. Ende 1945 mußte die KPD-Führung zur Kenntnis nehmen, daß die Sozialdemokraten in den westlichen Besatzungszonen in dem ehemaligen Reichstagsabgeordneten Dr. Kurt Schumacher einen Parteiführer besaßen, der ein Gegner der Fusion von Sozialdemokraten und Kommunisten in der SBZ war. Auf einer Funktionärskonferenz der KPD und SPD im Dezember 1945, auf der die Vereinigung beider Parteien verhandelt wurde, hat Pieck Schumachers Position als „antisowjetisch“ ausgegrenzt. Drohend stellt Pieck fest:

„Ich bin nun der Überzeugung, daß hier nicht einer im Saale ist, der etwa mit Richtlinien einverstanden ist, wie sie ein Herr Schumacher in Hannover aufgestellt hat. Ich weiß vom Genossen Grotewohl, daß er damit in keiner Weise etwa konform geht. Aber, Genossen, wenn wir diese Richtlinien studieren, was kommt darin am stärksten zum Ausdruck? Die absolut sowjetfeindliche Einstellung, die soweit geht, daß Schumacher die Sowjetunion als die reaktionärste Macht der Welt darstellt und daß er die moralische Intervention der anderen Nationen gegen die Sowjetunion aufruft.“²⁶

25 Wilhelm Pieck: Reden und Aufsätze in drei Bänden. Bd. II, Berlin (Ost) 1950, S. 124.

26 Stenographische Niederschrift über die gemeinsame Konferenz des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD mit den Vertretern der Bezirke am 20. und 21.12.1945 in Berlin (erste „60er Konferenz“), SPD-Haus, Behrensstraße, in: Gert Gruner/Manfred Wilke (Hg.):

Pieck brandmarkte die Position Schumachers als eine aus „dem Bereich der immer frecher auftretenden Reaktion.“²⁷

Der „Hitlerjugend-Generation“ bot der Antifaschismus auch in der SBZ die Chance eines geistigen Neuanfangs; sie war bereit, sich der von Pieck geforderten ideologischen „Umerziehungsarbeit“ zu unterziehen. Aber die Widersprüche zwischen dem von der sowjetischen Besatzungsmacht verordneten und von der SED durchgesetzten Antifaschismus und dem Selbstverständnis der Deutschen in der DDR über die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur wurden propagandistisch überdeckt und allenfalls in der Literatur und im Film thematisiert. Das grundsätzliche Urteil Martin Greiffenhagens aus dem Jahre 1986 über die Unterschiede zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR im Umgang mit dem Nationalsozialismus dürfte zutreffend sein:

„Die Bundesrepublik ist bald vierzig Jahre alt und hat inzwischen selber eine Geschichte, deren Verlauf bereits Gegenstand politischen Streites ist. Der Schatten des Staates, auf dessen Trümmern sie entstand, liegt immer noch über ihr. Das unterscheidet sie von der DDR, die sich in ihrer offiziellen Geschichtsschreibung eine höchst problematische Identität zusammengeschrieben hat, deren Tragfähigkeit man füglich bezweifeln muß. Wir haben uns dafür entschieden, auch belastende Phasen der deutschen Geschichte nicht auszublenden, sondern, wie man sagt, mit ihnen zu leben.“²⁸

These III

Die Gründungsurkunde der DDR war im Selbstverständnis der SED der Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945. Mit diesem Aufruf formulierte die Partei ihr Aktionsprogramm für die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“, die nach der Gründung der DDR 1949 als erste Phase der sozialistischen Revolution bezeichnet wurde. Der „Aufruf“ legitimierte den Griff der kommunistischen Partei nach der Macht.

Anfang 1989 beschloß die SED den Lehrplan für das Parteilehrjahr 1989/90. Für den Herbst war das Thema vorgesehen: „Entstehung und Entwicklung der DDR unter Führung der SED.“ Nach 40 Jahren DDR sollten die Parteimitglieder noch einmal die Gründungslegende ihres Staates wiederholen:

Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit. Die Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD in Berlin 1945/46, München 1981, 2. Aufl. 1986, S. 89.

27 Diese Einordnung Schumachers – der ein Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus war – durch Pieck verdeutlicht, wie die aktuellen Konflikte über den weiteren Weg der deutschen Politik die Tatsache des gemeinsamen Widerstandes gegen die nationalsozialistische Diktatur relativierten.

28 Martin Greiffenhagen: Von Potsdam nach Bonn. Zehn Kapitel zur politischen Kultur Deutschlands; München 1986, S 94 f.

„Es war die KPD, die dem deutschen Volk den Weg aus der Katastrophe in ein neues Leben zeigte. Gemeinsam mit klassenbewußten Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, mit aufrechten antifaschistischen Kräften aus den Reihen der Intelligenz und des Bürgertums begannen die Kommunisten, inmitten von Trümmern und Verzweiflung die Normalisierung des Lebens zu organisieren. Aus Konzentrationslagern und Zuchthäusern befreit, aus dem illegalen Widerstandskampf hervortretend, aus der Emigration oder in den Reihen der kämpfenden Roten Armee nach Deutschland kommend, stellten sie sich an die Spitze des demokratischen Neuaufbaus.“²⁹

Auch das staatlich genehmigte Lehrbuch „Staatsrecht der DDR“ behandelte 1984 dieses Parteidokument als programmatische Basis für die Entwicklung zur DDR:

„Mit ihrem historischen Aufruf vom 11. Juni 1945 stellte die KPD die unmittelbare Aufgabe, den deutschen Imperialismus zu überwinden und eine antifaschistisch-demokratische Ordnung zu errichten, mit der die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus eingeleitet werden sollte. Damit entwickelte die KPD zugleich das Programm des Aufbaus einer neuen Staatlichkeit, die von der Arbeiterklasse geführt wird und sich auf ein breites antifaschistisch-demokratisches Bündnis stützt. Das von der KPD in ihrem Aufruf als unerläßlich begründete antifaschistisch-demokratische Regime, die Schaffung einer 'parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk' bedeutet im Inhalt, eine revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern zu errichten.“³⁰

Die Auswahl der formelhaften Kanonisierung der DDR-Gründungslegende aus Texten der 80er Jahre erfolgte bewußt, um zu zeigen, welche Bedeutung die SED bis zum Ende ihrer diktatorischen Herrschaft dem KPD-Aufruf von 1945 beimaß. Unter Bezug auf dieses Dokument mußten Lehrende und Lernende in der Parteischulung ebenso wie im Hörsaal über Jahrzehnte hinweg das Lernziel repetieren: „Die Partei“ hat nach dem Sieg der alliierten Anti-Hitler-Koalition in der sowjetischen Besatzungszone unwiderruflich mit der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ die Grundlagen des Sozialismus geschaffen und ihre Macht auf nicht absehbare Zeit begründet.

Die SED hatten allen Grund, den „Aufruf“ des Zentralkomitees der KPD als antifaschistische Gründungsurkunde der DDR zu deklarieren. Der Ausgangspunkt antifaschistischer Politik der kommunistischen Partei war ihr Verständnis vom Wesen der faschistischen Diktatur. Der Vorsitzende der

29 Autorenkollektiv der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED unter Leitung von Renate Wolck: Entstehung und Entwicklung der DDR unter Führung der SED, Berlin (Ost) 1989, S. 5

30 Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Hg.): Staatsrecht der DDR, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1984, S. 49.

Kommunistischen Internationale, Georgi Dimitroff, hat mit Blick auf den deutschen Nationalismus 1935 definiert, was die Kommunisten unter Faschismus verstanden:

„Der Faschismus, das ist die Macht des Finanzkapitals selbst. Das ist die Organisierung der terroristischen blutigen Niederhaltung der Arbeiterklasse und des revolutionären Teils der Bauernschaft und der Intellektuellen. Faschismus in der Außenpolitik – das ist der Chauvinismus in seiner brutalsten Form, der einen tierischen Haß gegen die anderen Völker züchtet.“³¹

Folglich war für die KPD auch 1945 der Antifaschismus „Teil des internationalen Klassenkampfes und schließt objektiv stets den Kampf gegen Militarismus, imperialistischen Krieg und Terror, gegen Rassenhetze und Massenmord, für Frieden, Demokratie, Völkerfreundschaft und Humanität sowie für die Verteidigung der Sowjetunion mit ein“³² – so die parteiamtliche Sprachregelung, die noch 1989 galt. Der Aufruf der KPD vom Juni 1945 war mit der sowjetischen Führung abgestimmt und entsprach den Bedingungen der Vier-Mächte-Verwaltung über Deutschland. Die Partner und Gegenspieler der sowjetischen Deutschlandpolitik waren 1949 nicht die Deutschen, sondern die westalliierten Siegermächte. Noch existierte die Einheit der Alliierten, und allein schon aus diesem Grund verboten sich sozialistische Proklamationen der KPD.

Schon im März 1944 hatte Wilhelm Florin in Moskau festgestellt, daß sich die Programmatik der KPD nach den Gegebenheiten der sowjetischen Interessen in der alliierten Kriegskoalition richten mußte.³³ Die Machtergreifung der Kommunisten in der SBZ 1945 konnte nur in verdeckter Form über einen antifaschistischen Block erfolgen, in dem nicht das Mehrheits-, sondern das Konsensprinzip galt. Die KPD bot in ihrem „Aufruf“ den gleichfalls zugelassenen antifaschistisch-demokratischen Parteien die Bildung eines „Blocks“ an. Walter Ulbricht sprach sich bereits am 12. Juni 1945 auf der ersten Zusammenkunft von Vertretern verschiedener politischer Strömungen im Stadthaus Berlin gegen „Parteiengozänk“ aus und warb für die „antifaschistische Einheit“.³⁴ Ulbricht forderte bei dieser Gelegenheit ein „gemeinsames Aktionsprogramm“

31 Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.): VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Referate und Resolutionen, Berlin (Ost) 1975, zit. nach der Lizenzausgabe des Verlags Marxistische Blätter, Frankfurt 1975, S. 93.

32 Kollektiv des Dietz-Verlages unter Leitung von Gertrud Schütz (Hg.): Kleines politisches Wörterbuch, Neuausgabe, Berlin (Ost) 1989, S. 41 f.

33 Vgl. Manfred Wilke: Konzeptionen der KPD-Führung 1944/45 für das Parteiensystem in der SBZ und der Beginn der Umsetzung, in: Deutschland-Archiv, Heft 2/1993, S. 249 ff.

34 Walter Ulbricht: Einigung aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte! In: Walter Ulbricht: Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945–1958, Berlin (Ost) 1958, S. 11.

der antifaschistisch-demokratischen Parteien, um zugleich den Aufruf der KPD als „Vorschlag zur Beratung und zur Stellungnahme“ zu unterbreiten.³⁵

Die Alliierten waren sich einig, die Kriegsverbrecher zu bestrafen und Deutschland zu entnazifizieren. Ulbricht verschwieg in der Berliner Versammlung nicht, daß die KPD unter Entnazifizierung auch die Verstaatlichung von Betrieben und eine Bodenreform verstand:

„Enteignung des gesamten Vermögens der Nazi-Bonzen und Kriegsverbrecher; Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes zur Verfügung der kommunalen oder provinziellen Selbstverwaltungsorgane. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter, der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern.“³⁶

Der Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juli 1945 war das Programm der Machtergreifung der KPD unter den Bedingungen sowjetischer Besatzungsmacht in Deutschland.

Heino Falcke, evangelischer Propst in Erfurt, befaßte sich im November 1989 mit den Konsequenzen, die diese sozialistische Revolution von oben für die weitere Entwicklung der DDR hatte. Er suchte nach dem „Geburtsfehler“ für die Reformunfähigkeit der SED-Parteiherrschaft:

„Der Sozialismus ist bei uns nach 1945 von außen und oben eingesetzt und durchgesetzt worden. Man kann das geschichtlich rechtfertigen: Das deutsche Volk mußte zum Antifaschismus erzogen werden. In dem faschistisch verseuchten Volk konnte ein antifaschistisch-sozialistischer Staat auf keinen Mehrheiten aufbauen. Mag sein. Aber das ändert nichts daran, daß die Mittel, mit denen die sozialistische Gesellschaft aufgebaut wurde, den Zweck, den real existierenden Sozialismus, nachhaltig verdarben. Aus dem Geburtsfehler erwuchs das chronische Mißtrauen der Regierung gegenüber dem Volk, die Bespitzelung durch die Stasi, die totale Kontrolle durch den Apparat, die politisch-ideologische Bevormundung, die Lähmung freier Initiative und die Erstickung aller Spontanität.“³⁷

35 a.a.O., S. 12.

36 a.a.O., S. 14.

37 Heino Falcke: Die Kirchen sind jetzt die Politik nicht los, in: Gerhard Rein (Hg.): Die Opposition in der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus, Berlin 1989, S. 220 f.

These IV

Die SED hat die antifaschistische Legitimation ihrer totalitären Parteiherrschaft auch in den DDR-Verfassungen verankert, am klarsten in der von 1968.

Im Kalten Krieg nach 1945 konnten sich die alliierten Siegermächte auf keine einvernehmliche Lösung des Deutschland Problems einigen. Im Zuge der endgültigen Spaltung Europas Ende der 40er Jahre verfestigten sich die Zonengrenzen zwischen der SBZ und den Westzonen zu Teilungsgrenzen zweier deutscher Staaten; beide wurden 1949 gegründet.

Der Verfassungstext, der 1949 von der Volkskammer der ehemaligen DDR in Kraft gesetzt wurde, war ursprünglich als gesamtdeutsche Verfassung konzipiert und hielt sich stark an den der Verfassung der Weimarer Republik.³⁸ Der Verfassungstext stand im Widerspruch zur Verfassungswirklichkeit – wurden doch „die Machtverhältnisse eher verschleiert als offengelegt oder festgeschrieben.“³⁹

Die Legitimierung der Macht der Partei erfolgte in der ersten DDR-Verfassung durch das politische Strafrecht. Eine Generalklausel in Art. 6 ermöglichte die politische Verfolgung von Gegnern der neuen antifaschistisch-demokratischen Ordnung: „Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker... sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches.“⁴⁰ Dieser Art. 6 der Verfassung von 1949 hatte große Bedeutung für die Verfassungswirklichkeit in der DDR. Karl Wilhelm Fricke stellt fest:

„Obwohl diesem Artikel alle Wesensmerkmale eines Strafgesetzes fehlten – er enthielt weder eine genaue Tatbestandsdefinition noch eine Strafandrohung und legte demzufolge auch keinen Strafraumen fest –, wurden mit seiner Anwendung durch die Gerichte bis zum Inkrafttreten des ersten Strafrechtsergänzungsgesetzes der DDR am 1. Februar 1958 schwerste Strafen einschließlich der Todesstrafe verhängt.“⁴¹

Die zweite Verfassung der DDR wurde 1968 sogar mit einem Volksentscheid in Kraft gesetzt. Die internationale Anerkennung als zweiter deutscher Staat zeichnete sich ab. Aber die Präambel legitimierte die DDR als sozialistischen Kernstaat für die deutsche Nation. Der „Führung der USA“ wurde die Hauptschuld an der deutschen Teilung zugewiesen, wie es hieß, „um Westdeutschland zu einer Basis des Imperialismus und des Kampfes gegen

38 Vgl. Siegfried Mampel: Herrschaftssystem und Verfassungsstruktur in Mitteldeutschland, Köln 1968, S. 85.

39 Karl Wilhelm Fricke: Politik und Justiz in der DDR, Köln 1979, S. 165.

40 Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949, in: Dieter Kakies (Hg.): Deutsche Verfassungen, München (o.J.), S. 156.

41 Karl Wilhelm Fricke: Politik und Justiz in der DDR, a.a.O., S. 168.

den Sozialismus aufzubauen“. Die revolutionäre Entstehung der DDR im Prozeß „der antifaschistisch-demokratischen und der sozialistischen Umwälzung der gesellschaftlichen Ordnung“⁴² wurde als Folge westlicher Spaltungspolitik dargestellt. Im Art. 1 bekannte sich die Verfassung offen zur Suprematie der SED⁴³ in der Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR und brachte damit Verfassungswirklichkeit und Verfassungstext in Übereinstimmung.

Nach dem Abschluß des Grundlagenvertrages mit der Bundesrepublik Deutschland wurde 1974 die Verfassung von 1968 einer Teilrevision unterzogen. Die SED wollte die DDR als einen eigenständigen sozialistischen Nationalstaat in Deutschland konstituieren. In der Präambel fehlte 1974 jeder Bezug auf die deutsche Nation; an ihre Stelle trat „das Volk der Deutschen Demokratischen Republik.“⁴⁴ Unverändert blieb „die Befreiung vom Faschismus“⁴⁵ der Ausgangspunkt für die Entwicklung zur DDR.

Der Text der Präambel vom 1974 hatte eine Aufwertung der revolutionären Politik der KPD/SED nach 1945 zum Inhalt. Die Rolle der Sowjetunion bei der Entstehung der DDR mußte neu bewertet werden. Diese Aufgabe für die SED-Parteihistoriker löste Hanna Wolf, Direktorin der Parteihochschule, an einem geeigneten Jahrestag, und der kam 1975; es war der 30. Jahrestag „des Sieges der Sowjetunion über den Hitler-Faschismus.“⁴⁶ Die Parteihochschule der SED veranstaltete eine internationale Konferenz, um das Jubiläum zu würdigen. In diesem Rahmen erhöhte die Rektorin der Parteihochschule die revolutionären Verdienste der KPD:

„Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk, der deutsche Staat, bleiben“, erklärte der Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU und Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte. Das war ganz im Sinne der deutschen Kommunisten, des Zentralkomitees der KPD, das sich, wie

42 Ulbrichts Grundgesetz. Die sozialistische Verfassung der DDR, eingeleitet von Dietrich Müller-Römer, Köln 1968, S. 68

43 Siegfried Mampel: Die sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Kommentar 2. neubearbeitete Aufl., Frankfurt 1982, S. 100

Die Suprematie hat für Mampel ihre Kennzeichen in:

- (1) der Okkupation der Ämter und Behörden durch die Partei,
- (2) der Schaffung von ihr unabhängiger gesellschaftlicher Organisationen unter Beseitigung der Autonomie für Zusammenschlüsse innerhalb der Gesellschaft, um nach Möglichkeit auch noch den letzten Bürger organisatorisch von oben her zu erfassen,
- (3) der Einbeziehung der gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere aber der Organisation der marxistisch-leninistischen Partei in die Organisation des Gesamtstaates,
- (4) einer Verzahnung der Ämter und Behörden mit dem aus hauptamtlichen Funktionären bestehenden Apparat der marxistisch-leninistischen Partei und
- (5) der Begründung eines Machtmonopols für die marxistisch-leninistische Partei unter Ausschaltung der Konkurrenz aller politischen Kräfte als einen endgültigen Zustand.“ (S. 106 f.)

44 Präambel der Fassung der DDR vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974, in Siegfried Mampel: Die sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik a.a.O., S. 31.

45 Ebd.

46 Hanna Wolf: Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin (Ost) 1979, S. 264

aus dem historischen Aufruf vom 11. Juni 1945 zu ersehen ist, anschickte, revolutionär-demokratische Umwandlungen in allen Zonen des besiegten Deutschlands zu verwirklichen. Die imperialistischen Westmächte und ihre Helfershelfer – wie Schumacher und andere – haben es verhindert. Aber dank der Hilfe und leninschen Politik der KPdSU konnte es in der damals sowjetisch besetzten Zone nicht verhindert werden... Hier in der DDR ist der erste sozialistische Staat der Arbeiter und Bauern auf deutschem Boden gegründet, der von Bestand ist, weil sein Volk sich unumkehrbar dem Sozialismus und dem Frieden verschrieben hat.“⁴⁷

Diese Prognose erwies sich als irrig; 1989 strich die Volkskammer die führende Rolle der SED aus der Verfassung.

Der Überblick über die antifaschistische Legitimation der ehemaligen DDR in ihren Verfassungen wäre unvollständig, ohne den Entwurf für eine „neue Verfassung der DDR“ zu erwähnen, der vom Runden Tisch im Frühjahr 1990 initiiert wurde. Die Autorin der Präambel war Christa Wolf. Der Text beginnt mit einer geschichtlichen Rückbesinnung: „Ausgehend von den humanistischen Traditionen, zu welchen die besten Frauen und Männer aller Schichten unseren Volkes beigetragen haben, eingedenk der Verantwortung aller Deutschen für ihre Geschichte und deren Folgen...“⁴⁸ Der Antifaschismus als Begriff wird nicht gebraucht; aber seine Deutungsmuster, wie sie in der ehemaligen DDR üblich waren, sind vorhanden. Nur die explizite Hervorhebung der Kommunisten im Widerstandskampf gegen den Nationalsozialismus fehlt.

These V

In der wissenschaftlichen Widerstandsforschung ist die Klassifizierung einer Person als Widerstandskämpfer daran gebunden, ob sie tatsächlich in der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Widerstand geleistet hat. Die SED hat bei ihrer Festlegung, wen sie als Antifaschisten anerkannte, den Zeitrahmen der nationalsozialistischen Diktatur niemals als historische Vorgabe akzeptiert. Die Partei beanspruchte in dieser Frage ein Definitionsmonopol und bestimmte nach politischer Opportunität, wer von ihr zu welchem Zeitpunkt als Antifaschist anerkannt war und wer nicht.

Der instrumentelle Antifaschismus der SED tritt am klarsten zutage im Anspruch der Partei, nach politischer Opportunität zu bestimmen, wer als Antifaschist zu gelten habe – und wer auszugrenzen sei. Drei Beispiele sollen genügen, um diese These zu belegen.

47 a.a.O., S. 299 f.

48 Arbeitsgruppe „Neue Verfassung der DDR“ des Runden Tisches: Entwurfverfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1990, S. 9

Die erste antifaschistische Selektion nahm der zentrale Parteiapparat der KPD unter den eigenen Anhängern vor. Hier das Selbstzeugnis eines Betroffenen:

Im Juni 1945 kam der Kommunist Heinz Brandt aus dem KZ Buchenwald nach Berlin zurück. Er meldete sich bei der KPD zurück. Der zentrale Parteiapparat hatte gerade seine Arbeit aufgenommen und rekrutierte neue Mitglieder. Die Wiederaufnahme in die Partei nutzte der Apparat zur ersten Parteiüberprüfung. Alle KPD-Mitglieder, die der Partei bereits vor 1933 angehörten, mußten „Rechenschaft“ ablegen. Es ging um ihr Verhalten in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur. Heinz Brandt wurde mit der Frage konfrontiert, mit welchen „Parteifeinden“ er in seiner mehr als zehnjährigen Haft in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern zusammengearbeitet habe. Als „Parteifeinde“ galten die Angehörigen von Oppositionsgruppen der KPD aus der Zeit vor 1933. Angehörigen dieser Gruppen wurde im Regelfall der Wiedereintritt in die KPD verwehrt, und eine Zusammenarbeit mit ihnen war linientreuen Kommunisten verboten.

Im Januar 1953 meldete das „Neue Deutschland“ den „Ausschluß zionistischer Agenten“⁴⁹ aus der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN). Dieser Artikel erschien acht Tage, nachdem die Prawda am 13. Januar ein angebliches Mordkomplott der jüdischen Kreml-Ärzte „aufgedeckt hatte“: Die Ärzte hätten den Generalissimus Stalin ermorden wollen. Wenige Monate vor seinem Tod bereitete Stalin eine neue Terrorwelle vor; das war der Hintergrund, vor dem in der ehemaligen DDR die „Zionistenjagd“ in der VVN ablief.

Die Sprache des Terrors gehörte auch zum instrumentellen Antifaschismus der SED. Das „Neue Deutschland“ meldete:

„Das Generalsekretariat der VVN gibt bekannt, daß die bisherigen VVN-Mitglieder Meyer, Löwenkopf, Singer und Looser als zionistische Agenten entlarvt und aus der VVN ausgeschlossen wurden. In einer Erklärung des Generalsekretariats wird festgestellt, daß zur gleichen Zeit, da der faschistische Terror in Westdeutschland und Westberlin immer offensichtlicher wird, sich einige zionistische Agenten – darunter die oben genannten – zu ihren Auftraggebern in den Westberliner Agentenzentralen abgesetzt haben.

Die Agenten mußten erkennen, daß ihre sowohl in der jüdischen Gemeinde wie in der VVN gespielte Doppelrolle durchschaut wurde. In der Erklärung heißt es: 'Der Zentralvorstand der VVN prangert die Flucht Meyers und seiner Komplizen als Eingeständnis und Beweis dafür an, daß sie seit langem als zionistische Agenten mit Westberliner Auftraggebern praktiziert und zusammengearbeitet haben. Sie sind in den Schoß der Organisatoren der faschistischen Massenvernichtungslager von Auschwitz, Meidanek und

Treblinka, der Organisatoren des barbarischen Massenmordes und der Zerstörung von Lidice und Oradour geflüchtet, die von der Adenauer-Clique und ihren amerikanischen Auftraggebern für neue Mordanschläge, für Terroraktionen, antisemitische Schandtaten und für neuen Massenmord mobilisiert und aktiviert werden'. Der Zentralvorstand ruft alle Kameraden auf, in enger Gemeinschaft mit allen patriotischen Kräften den Kampf gegen die Vorbereitung eines neuen Krieges zu verstärken und die Wachsamkeit im Kampf gegen alle Agenten der Kriegstreiber zu erhöhen.“⁵⁰

Ein weiteres verlässliches Merkmal des instrumentellen Antifaschismus der SED war die Behandlung von ausgegrenzten Widerstandskämpfern in der parteiamtlichen Geschichtsschreibung: Ihre Namen wurden getilgt.

Ein prominentes Beispiel für diese „weiße Flecken“ in der DDR-Geschichtsschreibung war der Fall Robert Havemann. Der „Volksgerichtshof“ verurteilte ihn 1943 zum Tode, als hochqualifizierter Chemiker bekam er „Hinrichtungsaufschub“ und mußte in der Todeszelle des Zuchthaus Brandenburg für das Heereswaffenamt wissenschaftliche Arbeiten durchführen. Nach dem Krieg entschied er sich für die SED, wurde Professor an der Berliner Universität, relegierte die Studenten der 'Jungen Gemeinde' und saß in der Volkskammer. Als Havemann 1964 vom vorbildhaften Antifaschisten zum oppositionellen Reformkommunisten wurde, verlor er seine Professur an der Humboldt-Universität und wurde aus der SED ausgeschlossen. Havemanns Name verschwand aus der Geschichte des Widerstandes im Zuchthaus Brandenburg.⁵¹

Die Löschung der Namen von Widerstandskämpfern aus der Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus enthüllt zugleich den zentralen Widerspruch in der antifaschistischen Legitimation der SED-Politik. Die SED monopolisierte das Vermächtnis des deutschen Widerstandes, reduzierte es auf den Widerstand der Kommunisten, um damit die eigene Politik nach dem Ende des Nationalsozialismus moralisch zu legitimieren. So stufte die SED z. B. den politischen Streik in den Industriezentren der DDR am 16./17. Juni 1953 gegen die „Arbeiter- und Bauern-Macht“ als eine „faschistische Provokation“ ein.⁵²

50 Ebd.

51 Vgl. Walter Uhlmann (Hg.): Sterben, um zu leben, politische Gefangene im Zuchthaus Brandenburg-Görden 1933–1945, Köln 1983; besonders S. 279.

52 „Der 17. Juni hat bewiesen, daß in der DDR eine von den Amerikanern organisierte und unterstützte faschistische Untergrundbewegung vorhanden ist. An diesem Tag traten in einigen Städten (Magdeburg, Halle, Görlitz u. a.) ganze Gruppen maskierter Volksfeinde aus der Anonymität hervor und provozierten Unruhen. Es wurden illegale faschistische Organisationen mit eigenen Zentren, eigener Disziplin und ständigen Verbindungen mit den Agentenorganisationen in Westberlin aufgedeckt.“ (Aus der Entschließung des ZK der SED zum 17. Juni 1953, 26. Juli 1953, in: Hermann Weber (Hg.): DDR-Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1985, München 1986, S. 200)

These VI

Die DDR trat international als der antifaschistische deutsche Teilstaat auf. Nach dem Abschluß des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR 1972 betrieb die SED ihre Anerkennungspropaganda in der Bundesrepublik Deutschland weiterhin mit dem Bezug auf den Antifaschismus.

Die Grundprinzipien der Außenpolitik der ehemaligen DDR standen in ihrer Verfassung: „Die Deutsche Demokratische Republik hat getreu den Interessen des deutschen Volkes und der internationalen Verpflichtung aller Deutschen auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet und betreibt eine dem Frieden und dem Sozialismus, der Völkerverständigung und der Sicherheit dienende Außenpolitik“.⁵³ In der Fassung von 1974 war an die Stelle des ursprünglichen Begriffs „Imperialismus“ das Wort „Nazismus“ getreten. Ideologisch ist dieser Wechsel des Begriffs für den Sinn der Aussage unschädlich, nicht aber für die außenpolitische Selbstdarstellung der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland. Die sozialistische Außenpolitik, wie sie die SED verstand, wandte sich immer an zwei Adressaten: „Die Regierungen und die Völker“.⁵⁴

Neben dem Antifaschismus und dem Sozialismus war der Frieden ein zentrales Leitbild für die Legitimation der DDR. Nach Abschluß der innerdeutschen Verträge bestritt die SED die Weiterexistenz der deutschen Nation. International propagierte die SED die deutsche Teilung als Garantie für den europäischen Frieden. So hieß es in der offiziellen Biographie Erich Honeckers: „Sollen Frieden und Sicherheit in Europa fest und dauerhaft werden, so darf für irgendwelche neuen ‚großdeutschen Ambitionen‘ kein Raum sein. Alle Völker, die mit der Politik des imperialistischen Deutschland bittere Erfahrungen machen mußten, werden uns hierin sicher zustimmen.“⁵⁵

Diese Selbstdarstellung als antifaschistischer deutscher Teilstaat, der schon durch seine Existenz die europäischen Staaten vor der Neuauflage deutscher Bedrohung sichert, prägte das Selbstverständnis der SED-Führung. Der letzte SED-Ministerpräsident der DDR, Hans Modrow, setzte Ende 1989 auf die außenpolitische Absicherung der Existenz der DDR, mit der er das Einheitsstreben „seines“ Volkes einzudämmen trachtete. Modrow widersprach

53 Art. 6, Abs. 1 der Verfassung der DDR vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974, in: Siegfried Mampel: Die sozialistische Verfassung der deutschen Demokratischen Republik, a.a.O., S. 221.

54 Institut für internationale Beziehungen, Potsdam-Babelsberg (Autorenkollektiv unter Leitung des Herausgebers Stefan Doernberg): Außenpolitik der DDR, 2. Überarb. und erg. Auflage, Berlin (Ost) 1982, S. 17

55 Erich Honecker, Aus meinem Leben, Berlin (Ost) 1982, S. 391

Dieses Buch diente als außenpolitische Propaganda; es erschien in der Reihe „Leaders of the World“ im „anglo-amerikanischen Verlag Pergamon Press LD., Oxford“ (S. IX).

auf dem außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember 1989 der Selbstauflösung dieser Partei mit dem Argument, die beiden Weltmächte USA und Sowjetunion wollten weiterhin die Existenz zweier deutscher Staaten außenpolitisch absichern.⁵⁶

Allein die Tatsache, daß viele Mitglieder der SED-Führung aktive Widerstandskämpfer gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft waren, verschaffte der DDR im Westen Reputation. So schreibt Martin Greiffenhagen in seiner Untersuchung über die politische Kultur in Deutschland:

„Die deutsche Teilung wird stets als Ergebnis der aggressiven Politik Hitlers gelten. In der weltöffentlichen Meinung ist die DDR nicht mit der Hypothek des Nationalsozialismus belastet. Die Bundesrepublik hat dagegen das ambivalente Erbe des deutschen Reiches ausdrücklich übernommen. Sie hielt durch Wiedergutmachungszahlungen das Thema der politischen Schuld wach und sorgt heute noch durch eigene strafrechtliche Verfolgung von Naziverbrechern dafür, daß der Schatten der NS-Vergangenheit nicht völlig von dem Bonner Staat getilgt ist.“⁵⁷

Die ehemalige DDR hat mit einer Reihe von antifaschistischen Kampagnen das Ihre getan, um den qualitativen Unterschied zwischen den beiden deutschen Staaten auf die Frage des Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit zu fixieren. Die Wirkung der antifaschistischen Propaganda der SED in der Bundesrepublik Deutschland, die auch in Gestalt von Literatur, Filmen und Kunst betrieben wurde, ist noch weitgehend unerforscht.⁵⁸ Erst die Öffnung der SED- und MfS-Archive ermöglicht eine differenzierte Forschung über Ziele und Methoden der antifaschistischen Kampagnen der SED.

Der Historiker Michael Wolffsohn fand im SED-Parteiarchiv den Beschluß des SED-Politbüros zu einer „Kampagne zum Prozeß Eichmann“ 1961. Ihr Ziel war es, öffentlich nachzuweisen, daß in der Bundesrepublik Deutschland Antisemitismus und Rassenhetze erneut Platz griffen. Im Rahmen dieser Aktion verfaßte die Hauptabteilung XX/4 des MfS Nazi-Hetzbriefe und verschickte sie an jüdische Mitbürger in der Bundesrepublik Deutschland.⁵⁹ Die Resonanz solcher Kampagnen erklärt sich aus dem antifaschistischen Selbstverständnis vieler Bundesbürger, für die der instrumentelle Antifaschismus der SED einfach nicht existierte.

56 Vgl. Manfred Wilke: Entstehung und Entwicklung der PDS, in: Peter Eisenmann/Gerhard Hirscher (Hg.): Die Entwicklung der Volksparteien im vereinten Deutschland, München/Landsberg 1992, S. 159 ff.

57 Martin Greiffenhagen: Von Potsdam nach Bonn, a.a.O., S. 82

58 Hans-Helmuth Knütter: Internationale Antifaschismus-Kampagnen und ihre Rückwirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland, in: Der Bundesminister des Innern (Hg.): Bedeutung und Funktion des Antifaschismus, Bonn 1990, S. 83 ff.; Wolfgang Rudzio: Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1988; besonders S. 111 ff.

59 Nazi-Hetzbriefe von der Stasi, Focus, Ausgabe vom 8. Februar 1993.

Mit diesem Phänomen hat sich in einem scharfsinnigen Essay die Historikerin Brigitte Seebacher-Brandt auseinandergesetzt. Die Autorin konstatiert, daß die bundesdeutsche Linke in den letzten zwei Jahrzehnten der Spaltung Deutschlands die Teilung des Landes freiwillig hinnahm und die antifaschistische Legitimation der SED-Herrschaft akzeptierte.

„Das Bild von der Vergangenheit bestimmte das Bild von der Zukunft: Wenn der deutsche Nationalstaat im Nationalsozialismus gegipfelt war, durfte Deutschland erstens nicht mehr vereinigt sein und mußte zweitens ein Staat, der vorgab, alle Traditionslinien gekappt zu haben, zu Ansehen kommen. In einem Protestantismus, der das Schuldbewußtsein besonders groß schrieb, und in der Folge der 68er Umwälzung politische Ansprüche auf moralische Vormacht erhob, dabei die Sozialdemokratie nachhaltig beeinflussend, fand diese Deutung zusätzliche Nahrung.“⁶⁰

In einem vom Antifaschismus und Marxismus geprägten Weltbild, das das Selbstbestimmungsrecht der eigenen Nation nicht ernst und die Wirklichkeit der zweiten deutschen Diktatur nach Hitler nicht zur Kenntnis nahm, sieht Brigitte Seebacher-Brandt die Ursache für das politische Versagen der bundesrepublikanischen Linken im Herbst 1989.⁶¹

These VII

Was bleibt vom instrumentellen Antifaschismus der SED nach dem Ende der DDR? Im Parteiensystem ist es die SED-Nachfolgepartei PDS, die ihren Neuanfang nach dem Ende der SED-Diktatur mit dem Rückgriff auf den Antifaschismus legitimiert.

Die zur „Partei des Demokratischen Sozialismus“ im Dezember 1989 gewendete SED versuchte, ihre Existenz und die noch immer von ihr geführte Regierung im Januar 1990 mit einem antifaschistischen Vorstoß zu festigen. Am 28. Dezember 1989 wurden am Ehrenmal für die im Kampf um Berlin 1945 gefallenen sowjetischen Soldaten im Stadtbezirk Treptow „antisowjetische und nationalistische Schmierereien“ entdeckt.⁶² Zu diesem Zeitpunkt hatte die Volkskammer die „führende Rolle“ der marxistisch-leninistischen Partei bereits aus der Verfassung der DDR gestrichen, und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zeichnete sich ab.

60 Brigitte Seebacher-Brandt: Die linke und die Einheit, Berlin 1991, S 62

61 Brigitte Seebacher-Brandt beginnt ihren Essay mit dem Satz: „Im Buch der deutschen Einheit hat die Linke, die Sozialdemokratie einschließend, ein Unterkapitel geschrieben.“ S. 7

62 Vgl. Zeno und Sabine Zimmerling: Neue Chronik DDR, 4./5. Folge. 23.12.1989–18.3.1990, Berlin (Ost) 1990, S. 10

Ende 1989 hatte die DDR nun plötzlich ihre „neofaschistische“ Gefahr. Erneut schien die Stunde der Antifaschisten gekommen. Die SED-PDS rief zusammen mit dem „Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer“ und der „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ zu einer „Kampfdemonstration“ am Ehrenmal auf. Am 3. Januar 1990 folgten der Partei rund 250.000 Berliner. Auf der Kundgebung sprachen der neue Vorsitzende der SED-PDS, Gregor Gysi, und der Parteivorsitzende der LDPD, Manfred Gerlach. In einem Bericht heißt es: „Als brennende Aufgaben werden von ihnen genannt: Ein starker Verfassungsschutz, antifaschistische Basisgruppen, ein Bildungswesen, das viel stärker humanistische Werte vermittelt, staatliche Autorität, wo immer Neonazis auftreten.“⁶³)

Die Forderung nach einem starken Verfassungsschutz verdient besondere Beachtung. Hans Modrow kündigte in seiner ersten Regierungserklärung im November 1989 an, „das MfS abzuschaffen und durch ein Amt für nationale Sicherheit zu ersetzen.“⁶⁴ Im Dezember 1989 forderte der Zentrale Runde Tisch die Regierung Modrow auf, das AfNS aufzulösen. Diesem Ansinnen folgte der DDR-Ministerrat, der am 14. Dezember 1989 das Amt auflöste. „Ein gleichzeitig gefaßter Beschluß über die Schaffung eines Amtes für Verfassungsschutz kam nicht mehr zum Tragen.“⁶⁵ Die Manifestation am Treptower Ehrenmal sollte also auch dazu dienen, Teile der MfS-Kader in einem neuen starken „Verfassungsschutz“ abzusichern.

Die Antwort auf die Treptower Manifestation gaben am 8. Januar 1990 die Demonstranten der Leipziger Montagsdemonstration. Über 100.000 Menschen skandierten: „Nieder mit der SED“ und: „Deutschland, einig Vaterland.“⁶⁶

Nach der deutschen Vereinigung war die PDS zu einer parteiinternen Vergangenheitsbewältigung von 40 Jahren DDR gezwungen. Der Parteivorsitzende Gysi versuchte, den Antifaschismus für seine Partei dadurch zu retten, daß er die Antifaschisten in der DDR in zwei Gruppen unterteilte: eine kleine Minderheit in wichtigen Machtfunktionen und die große Mehrheit, die auch in der DDR „ohne besondere Macht“ blieb.⁶⁷

Gysi umschrieb mit der „kleinen Gruppe“ mächtiger Antifaschisten in der ehemaligen DDR auch die aus dem Moskauer Exil heimgekehrten Parteifunktionäre der KPD, die in der SBZ bereits 1945 die zentralen Schlüsselpositionen besetzt hatten. Von ihnen und ihrer Politik mußte sich die PDS nach diesem Schema abgrenzen, um sich weiterhin zu der Mehrheit

63 a.a.O., S. 24

64 Karl Wilhelm Fricke: MfS intern. Macht, Strukturen, Auflösung der DDR-Staatssicherheit. Analyse und Dokumentation, Köln 1991, S. 70

65 a.a.O., S. 73

66 a.a.O., S. 40

67 Gregor Gysi: Referat auf der Klausurtagung des Parteivorstandes der PDS am 12./13. Mai 1990, Neues Deutschland, 16.5.1990, S. 7

der Antifaschisten bekennen zu können, die im Jahre 1990 für den PDS-Vorsitzenden den „wahren Antifaschismus“ verkörperten. „Viele von ihnen sind in unserer Partei. Sie erlebten die Wiedergeburt der Ideale in der Partei, für die sie gelitten und gekämpft haben. Sie sind ein ethisch bedeutsamer Teil unserer Partei.“⁶⁸

Der dritte Parteitag der PDS hat 1993 ein Parteiprogramm beschlossen, daß in seiner Aussage zum Antifaschismus hinter die Positionen zurückfällt, die Gysi bereits 1991 bezog. Eine Auseinandersetzung mit dem instrumentellen Charakter des Antifaschismus der SED unterbleibt zugunsten einer plakativen Rückbesinnung auf die Legitimität der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der SBZ nach 1945. Wörtlich heißt es:

„Millionen Menschen setzten sich nach 1945 für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes Deutschland in Überwindung des faschistischen Erbes ein. Das bedarf keiner Entschuldigung. Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und später das Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, standen in berechtigtem Gegensatz zur Rettung des Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war.“⁶⁹

Mit dieser programmatischen Aussage bezieht sich die PDS in ihrem Geschichtsbild erneut auf den Kern des instrumentellen Antifaschismus der SED, um ihre Politik im vereinten Deutschland zu legitimieren.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Als Vertretung für Herrn Günther Buch unser Sachverständiger Karl Wilhelm Fricke, bitte.

Karl Wilhelm Fricke: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich habe in der Tat erst heute um 9.15 Uhr erfahren, daß ich für Herrn Buch einspringen soll. Ich tue das natürlich gern, aber ich bitte Sie auch gleichzeitig, nicht allzuviel zu erwarten. Ich habe natürlich kein ausgefeiltes Referat, das ich aus der Tasche ziehen und hier vortragen kann. Ich möchte mich also auf ein paar ergänzende Anmerkungen und Informationen beschränken, zu dem was Frau Prof. Wisniewski, Herr Prof. Faulenbach, Herr Fippel und Herr Prof. Wilke ausgeführt haben. Zu dem Gesagten kann ich mich nur voll inhaltlich bekennen. Ich stimme in allen wesentlichen Positionen damit überein. Es bestätigt meine Sicht der Dinge. Und ich darf in diesem Zusammenhang vielleicht hervorheben, daß aus der Instrumentalisierung des Antifaschismus natürlich auch die Instrumentalisierung oder der Mißbrauch der Entnazifizierung zur Beförderung der Revolution „von oben“ bewußt eingesetzt wurde. Das ist zum Teil konkret ausgeführt, aber ich möchte doch

68 Ebd.

69 Programm der Partei des demokratischen Sozialismus, in: Disput 3/4 1993, Sonderausgabe, Berlin 1993, S. 38